



Susanne Brelowski-Hof Altona 1-23730 Sierksdorf

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Torsten Albig
Düsternbrooker Weg 104

24105 Kiel

15.04.2013

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 10.04.2013, in dem Sie Ihre Position zur festen Fehmarnbeltquerung darstellen.

Sie betonen in Ihrem Brief, dass Sie der festen Überzeugung sind, dass die feste Fehmarnbeltquerung neue Perspektiven und große Entwicklungschancen für Lübeck und Ostholstein bietet. Als Beispiel für einen großen Erfolg für einen Brücken- bzw. Tunnelbau, nennen Sie die beiden Brücken am Öresund und Großem Belt. Sie versäumen es aber zu erklären, warum diese beiden Brücken für Dänemark ein Erfolg waren. Grund hierfür war, dass man dort Gebiete mit einander verbunden hat, in denen ganz andere Wirtschaftsstrukturen in der Region gegeben waren. Sowohl in Lolland als auch in Ostholstein und Lübeck gibt es keine großen Industrieansiedlungen, durch die eine große Anzahl an Pendlern zu erwarten wäre. Ostholstein und die Insel Fehmarn ist eine auf Tourismus und Landwirtschaft ausgerichtete Region.

Wir haben bereits eine gut funktionierende schwimmende Brücke. Auch heute schon können junge Menschen, Arbeitnehmer und Vereine ins benachbarte Dänemark reisen, um dort Geschäfte zu tätigen, Bildungseinrichtungen zu nutzen oder kulturelle Interessen zu pflegen. LKW-Fahrer nutzen die Zeit auf dem Schiff, um Ihre gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepausen einzuhalten und eine Mahlzeit zu sich zu nehmen. Touristen nutzen die Zeit, um im Bordshop Einkäufe zu tätigen oder einfach nur den Flair einer Schiffsreise zu genießen. Sicherlich wollen Sie mir nicht die 20 km lange mautpflichtige Tunnelfahrt, mit elektrischer Beleuchtung und tonnenweise Abgasen als ein Highlight auf der Reise nach Dänemark verkaufen. Recht gebe ich Ihnen, dass es zwischen Dänemark und Deutschland einen Staatsvertrag gibt. Im Staatsvertrag heißt es aber: "Sollten die Voraussetzungen für das Projekt oder für Teile des Projekts sich deutlich anders entwickeln als angenommen und anders, als es zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags bekannt ist... dann soll neu verhandelt werden."



Diese Veränderungen sind inzwischen eingetreten. Dazu gehören u. a. die Kostensteigerung beim Bau der Hinterlandanbindung und der erforderliche Neubau der Fehmarnsundbrücke. Sollte die von Ihnen favorisierte 2+1 Lösung für die Hinterlandanbindung realisiert werden, dann sind noch einmal erhebliche Mehrkosten für die Hinterlandanbindung zu erwarten.

Sie betonen, dass Sie bemüht sind, im ROV die für die Menschen in OH bestmögliche raum- und sozialverträgliche Schienentrasse ermitteln zu wollen. Zeigen Ihnen ca. 9000 Stellungnahmen zum ROV nicht, dass es anscheinend keine raumverträgliche Trassenführung für Lübeck und OH gibt?

Die 2+1 Lösung vernichtet wertvolles Ackerland und zerstört die seit Jahrtausenden gewachsenen Landschaft in OH. Es stellt sich außerdem die Frage, wer diese Bäderbahn eigentlich betreiben bzw. unterhalten soll. Das Land Schleswig Holstein? Menschen leben nicht nur dort, wo Touristen Urlaub machen, sondern Menschen leben auch im Hinterland, dass schon durch den Autobahnbau in Mitleidenschaft gezogen wurde. Bisher konnte uns noch kein Politiker erklären, welchen Vorteil durchfahrende Güterzüge, die unsere Landschaft verlärmern, für die Region Lübeck und Ostholstein haben.

Wir erwarten von Ihnen, als der von uns gewählte Ministerpräsident, Schaden von Ostholstein fernzuhalten, der unwiderruflich mit der festen Fehmarnbeltquerung kommen wird!

Und wir erwarten von Ihnen, sich endlich mit unseren Fakten und Argumenten auseinander zu setzen, eine neue Kosten-Nutzen-Analyse inklusiv neuer Sundquerung und versprochener 2+1 Schienenlösung rechnen zu lassen. Wir erwarten aber auch, dass Sie den Mut aufbringen bei einem ungünstigen Kosten-Nutzen-Faktor das Projekt zu stoppen, denn diese Möglichkeit sieht der Staatsvertrag vor. Ansonsten opfern Sie die Lübecker und Ostholsteiner Bürger den Interessen Dänemarks und Schwedens.

Projekte wie Stuttgart 21, Berliner Flughafen, Nord-Ostseekanal und Elbphilharmonie, lassen die Frage offen, ob wir es sind, die gegen Windmühlen kämpfen oder die Politiker, die ein Großprojekt nach dem anderen falsch planen oder viel zu teuer bauen.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Brelowski
Sprecherin der Allianz